

Die Bäcker über das Einheitsbrot. Die Berliner Bäcker-Zwangsinnung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Vierteljahrsitzung in der Hauptsache mit der Frage der Einführung eines Einheitsbrotes. Die Versammlung stellte sich der Einführung ablehnend gegenüber. Die Mitteilungen über die in Hamburg mit dem Einheitsgebäck gemachten Erfahrungen lauteten nicht günstig. Die erwartete Ersparnis in den Kleinbetrieben sei nicht eingetreten. Das Publikum verlange zum großen Teile dringend nach Weißbrot. Die Hamburger Bäcker gäben nicht gern kleine Mengen des Einheitsbrotes ab, weil das Aufschneiden ihnen Verlust bringe. In Berlin, wo der Bedarf nach Weißbrot noch viel größer sei, würde sich das Fehlen der Schrippen ganz besonders fühlbar machen. Auch die in Berlin zeitweise aufgetretene Brotknappheit wurde in der Versammlung zur Sprache gebracht. Als eigentliche Ursache des Mehlmangels in den Bäckereien wurde vor allem die Verringerung der Streckungsmittel bezeichnet, die die Bäcker zwänge, jetzt nur die vorgeschriebenen 10 v. H. an Streckungsmitteln zu verwenden, während früher bei reichlicherer Lieferung das Doppelte verbraucht werden konnte. Auch das Verrechnungssystem des Magistrats wurde wieder lebhaft angegriffen. Die Bäcker verlangen, daß ihnen mindestens 3 v. H. Zerstäubungsverlust gutgebracht wird, um so die berechnete Brotmenge auch wirklich herstellen zu können. Für Gerstemehl, das seit einiger Zeit an Stelle des Weizenschrotens als Streckungsmittel verwendet wird, müssen die Bäcker für den Doppelzentner 51,55 M. zahlen, während Weizenschrot nur 34,10 M. kostete. Sie wünschen daher, für diese Mehrausgabe einen gerechten Ausgleich vornehmen zu dürfen. Der vom Magistrat für das Streckungsmittel geforderte Preis wurde allgemein als viel zu hoch bezeichnet. Man darf allerdings bei der Beurteilung des Einheitsbrotes nicht vergessen, daß die Bäcker sehr stark Partei sind und an den Schrippen mehr verdienen als am Schwarzbrot.